

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 70

14. April 1982

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, wendet sich gegen Pessimismus gegenüber den Genfer Verhandlungen: Die Friedensbewegung sollte Druck auf beide Seiten ausüben.

Seite 1

Alfons Braun MdL fordert den Rücktritt von Bayerns Innenminister Tandler: Das Vertrauen der Polizeibeamten empfindlich gestört.

Seite 3

Dokumentation

Erste Zwischenbilanz der Enquête-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" (Teil II)

Seite 5

Gegen Pessimismus gegenüber den Genfer Verhandlungen

Die Friedensbewegung sollte Druck auf beide Seiten ausüben

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Optimal wäre das Ergebnis der Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen dann, wenn bis zum Herbst 1983 bereits ein abschließendes Verhandlungsergebnis erzielt werden würde. Den Zielen der SPD entspräche als Verhandlungsergebnis voll, sowjetische Mittelstreckenwaffen (dies betrifft insbesondere die modernen SS 20) abzubauen, um die Stationierung zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenwaffen (Pershing II und Cruise Missiles) überflüssig zu machen.

Es ist zur Zeit die wichtigste rüstungskontrollpolitische Aufgabe von Sozialdemokraten, im Sinne der Null-Lösung auf beide Verhandlungspartner in Genf einzuwirken. Ob dieses Ziel bis Ende 1983 bereits erreicht sein wird, oder ob bis Ende 1983 erst ein vereinbartes Zwischenergebnis oder aufgrund des inzwischen erreichten Verhandlungsstandes zeitlich befristete Moratorien vereinbart sein werden, kann heute noch nicht vorausgesagt werden.

Es war bereits ein Erfolg, daß nach dem Nato-Doppelbeschluß, trotz der sowjetischen Intervention in Afghanistan und nach dem Wahlsieg Ronald Reagans, die Genfer Verhandlungen begannen. Bald werden auch die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstung (START) wieder aufgenommen werden. Auch ein Gipfeltreffen Reagan-Breschnew liegt im Bereich des Möglichen.

Es entspricht sozialdemokratischen Zielen und deutschen Interessen, diesen wieder beginnenden Dialog zwischen den beiden Nuklear-Mächten zu fördern. Es entspricht ebenso sozialdemokratischen Zielen, darauf zu drängen, daß im Rahmen dieses Dialoges auch spezifische deutsche und europäische Interessen zur Geltung kommen.

Die Bundesregierung und insbesondere die Sozialdemokraten haben mit Erfolg versucht, die Verhandlungsposition der USA zu beeinflussen und zu verändern. Erste Ergebnisse sind die Aufnahme der Verhandlungen selber und der Vorschlag von Ronald Reagan für eine Null-Lösung. Der Vorschlag der Null-Lösung ist ein erheblicher Fortschritt gegenüber früheren Positionen der USA.

Nach den Erfahrungen und Entwicklungen der letzten Monate wäre es voreilig und Ausdruck einer zu resignativen und zu pessimistischen Grundhaltung aufgrund der Ausgangsposition der UdSSR und der USA bei Beginn der Verhandlungen heute bereits jeden Versuch eines Kompromisses zwischen Verhandlungspartnern für vergeblich zu halten und ein Scheitern der Verhandlungen vorherzusagen. Den Genfer Verhandlungen keine Chance zu geben oder leichtfertig den sozialdemokratischen Einfluß auf die Verhandlungen oder die Verhandlungen selber zu gefährden, kann eigentlich nicht das Ziel von politisch verantwortungsbewußten Sozialdemokraten sein.

Es ist zu begrüßen, wenn in großen Teilen der Friedensbewegung die Forderung nach Abrüstung gleichermaßen an die Regierungen in Ost und West gerichtet werden. Diese Absage an Einseitigkeit und Einseitigkeit in großen Teilen der Friedensbewegung verdient Respekt. In diesem sollten wir Sozialdemokraten auch die Jungsozialisten vor unberechtigten und verleumderischen Vorwürfen aus den Reihen der CDU/CSU in Schutz nehmen.

Indirekt beeinflussen kritisch öffentliche Diskussionen in den Medien und die Friedensbewegungen die Genfer Verhandlungen. Eine Diskussion in den Medien des Warschauer Paktes, die Rüstungs- und Abrüstungspolitische Positionen auch der UdSSR kritisierte, existiert (außer in begrenztem Umfang in Rumänien) nicht. Die Chancen zur Kritik der Politik der USA sind in den Medien der Mitgliedsstaaten der Nato, einschließlich der USA, wesentlich besser. Die Friedensbewegung in der DDR versucht gegenüber Ost und West ihre kritische Stimme zu erheben. Dieses ist zu begrüßen. Meiner Meinung nach haben autonome und kritische Friedensbewegungen innerhalb des Warschauer Paktes nach wie vor geringere Möglichkeiten, die Politik der jeweiligen Regierungen zu beeinflussen, als innerhalb der Nato.

Da es nur zu einem positiven Verhandlungsergebnis in Genf kommen wird, wenn sowohl die USA als auch die UdSSR flexibler als bisher werden, liegt es im objektiven Interesse einer gegenüber den nuklearen Weltmächten autonomen Friedensbewegung auch real auf beide Seiten gleichermaßen Druck auszuüben. Die autonome Friedensbewegung muß darauf achten, daß sie sich nicht objektiv zum Handlanger einer der nuklearen Weltmächte macht. Sie würde sonst objektiv den Genfer Verhandlungen und ihren eigenen Abrüstungspolitischen Intentionen schaden.

Der Hinweis einiger politischer Gruppen, darunter insbesondere der DKP, man sollte sich in der Bundesrepublik auf die Kritik und Beeinflussung der eigenen Regierung und der mit ihr verbündeten Staaten konzentrieren, ist eine taktisch bedingte Falschmünzerei, solange diese Gruppe nicht auch öffentlich und demonstrativ für das Recht auf freie und kritische Diskussion und autonome Organisation innerhalb der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes eintreten.

Eine ernsthafte, aber auch illusionslose Diskussion verdient das in Teilen der Friedensbewegung gegenüber den schwierigen und langwierigen Rüstungskontrollverhandlungen vorgezogene Konzept einseitiger Abrüstungsschritte. Zu viel Hoffnungen sollte man aber für die Lösung von Problemen der nächsten Jahre auf dieses Konzept schon deshalb nicht setzen, weil sowohl der Osten als der Westen es gleichermaßen ablehnen. Trotzdem können einseitige Schritte im begrenzten Rahmen, soweit sie die Verteidigungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, die Vertrauensbildung fördern und Verhandlungen erleichtern. Sie sind aber kein realistischer Ersatz für Rüstungskontrollverhandlungen und beidseitig bindende Verträge.

Insbesondere im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen wird das Konzept einseitiger Abrüstungsschritte aus politischen und militärischen Gründen in Ost und West nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß wir Sozialdemokraten uns so sehr für Verhandlungslösungen einsetzen.

Im übrigen könnten einseitige Abrüstungsschritte auch einseitig wieder zurückgenommen werden. Dies wirkt insbesondere in Krisenzeiten, wenn Vertrauen und Berechenbarkeit erforderlich wäre, destabilisierend. Man stelle sich etwa vor, wir hätten statt der mühsam ausgehandelten Ost-West-Verträge der 70er Jahre heute nur unverbindliche einseitige Zusagen.

Wir erwarten Ihren Rücktritt, Herr Minister!

Das Vertrauen der Polizeibeamten in Gerold Tandler ist empfindlich gestört

Von Alfons Braun MdL

Vorsitzender des Beirates für Fragen der inneren Sicherheit
beim SPD-Landesvorstand Bayern

Im SPD-Landesbeirat für Fragen der inneren Sicherheit sind alle im Polizeidienst tätigen SPD-Mitglieder zusammengeschlossen. In Gesprächen mit diesen, aber auch mit außerhalb der SPD stehenden Polizeibeamten habe ich, der ich ebenso wie meine beiden Fraktionskollegen Ambros Neuburger und Alfred Sommer aus dem aktiven Polizeidienst komme, festgestellt, wie sehr die Affäre Langemann die bayerischen Polizeibeamten und die Öffentlichkeit verunsichert.

Die Affäre Langemann hat das Vertrauen der bayerischen Polizeibeamten in ihren obersten Dienstherrn, Innenminister Gerold Tandler, empfindlich gestört. Während jeder "kleine" Polizist sich wegen der geringsten Vergehen rechtfertigen und unzählige Formulare mit unzähligen Durchschriften ausfüllen muß, während umfangreiche Ermittlungen und Untersuchungen gegen ihn in Gang gesetzt werden, konnten mutmaßliche Verteiler und Verkäufer von geheimen Nachrichtenmaterial aus dem besonders sensiblen Bereich des Staats- und Verfassungsschutzes jahrelang ungestört handeln. Die politische Verantwortung dafür trägt Innenminister Tandler.

Der Minister müßte ja eigentlich wissen, wie nachdrücklich auch das kleinste Dienstvergehen bestraft wird. Schon ein nicht ordnungsgemäßer Dienstanzug - wenn ein Polizeibeamter beispielsweise nicht seine Dienstsocken trägt - wird beanstandet. Auch muß sich der Polizist verantworten, der nicht die vorgeschriebene Zeit seines Nachtdienstes im Außendienst auf Streife verbringt.

Die kleinsten Dienstvergehen ziehen umfangreiche Ermittlungen und große Aktionen nach sich. Man ist mit der Einleitung von Untersuchungen schnell zur Hand, wenn ein Polizeibeamter den Dienstweg nicht genau einhält und sich mit einem Anliegen etwa direkt an das Ministerium oder an einen Abgeordneten wendet. Oder wenn er beim Entladen der Dienstpistole unvorsichtig ist. Oder wenn bei einem Unfall mit dem Dienstwagen auch nur ein kleiner Schaden entsteht. Wie die Polizeibeamten dies sehen, zeigt die Äußerung eines meiner Kollegen: "Es ist nicht so schlimm, den Privatwagen zu Schrott zu fahren wie an einem Dienstfahrzeug einen Schaden auch nur von 100 DM zu verursachen."



Vor nicht allzu langer Zeit war auch der Verlust des "Tarnschiebers" (einer Codierschablone, mit der Nachrichten verschlüsselt werden konnten) ein Verstoß, der gegenüber dem Beamten als Riesensaffäre behandelt wurde.

Es waren ja nicht irgendwelche Kleinigkeiten, die da im Original oder in Kopie aus Tandlers Ressort verschwanden. Es waren Seiten des internen Polizeitagebuches und geheime Dokumente mit den Vermerken "nach Anweisung des Generalbundesanwalt nicht pressefrei" und "VS - Vertraulich" über das Oktoberfestattentat. Es waren aber auch Akten über die Terroristenfahndung, die höchste Gefahr bedeuten, wenn sie in falsche Hände gelangt sind, weil sie Terroristen über die Taktik der Sicherheitsbehörden informieren. Von den anderen Informationen, die das Innenministerium vor Tandlers Amtszeit verließen, ganz zu schweigen. Und niemand weiß, was noch alles auf dem Nachrichtenmarkt auftaucht.

Wird bei der Kontrolle und beim Vorgehen gegen Sicherheitsbeamte mit zweierlei Maß gemessen? Wer von den "kleinen" Polizeibeamten absolute Korrektheit in Kleinigkeiten verlangt und Vergehen drastisch verfolgt, der muß auch bei den höhergestellten Köpfen das gleiche Maß anlegen.

Dazu kommt das Entsetzen der Öffentlichkeit über die Vorgänge im Ministerium, ein schwindendes Vertrauen, das naturgemäß auf alle Sicherheitsbehörden, also auch auf die bayerischen Polizeibeamten zurückfällt. Wie soll denn der Mann auf Streife, der Kontaktpolizist noch glaubhaft erscheinen, wenn er vom Bürger die Lächer im Innenministerium vorgehalten erhält. Wenn er spürt, daß das Mißtrauen gegen ihn als Polizeibeamten, das er in jahrelangem persönlichen Einsatz vor Ort gemindert und ausgeräumt hat, nach dem skandalösen Verhalten seiner Sicherheits-"Kollegen" im Ministerium wieder offen und überwältigend hervorbricht.

Der Anstand verlangt von Ihnen, Herr Minister Tandler, daß Sie als politisch Verantwortlicher die Konsequenzen ziehen. Nur so kann das Vertrauen der Polizeibeamten gegenüber ihrem Dienstherrn und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber unseren Sicherheitsorganen wiederhergestellt werden. Ich weiß, daß ich mit vielen Polizeibeamten und vielen Bürgern einer Meinung bin, wenn ich sage: "Wir erwarten Ihren Rücktritt, Herr Minister!"

(-/14.4.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Eine im Arbeitskreis Inneres, Bildung, Sport erarbeitete ausführliche erste Zwischenbilanz der Arbeit der Enquête-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Gerhard Jahn, an die Mitglieder seiner Fraktion versandt. Wir dokumentieren den Text. (Teil II)

Erste Zwischenbilanz der Enquête-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken"

Den Herstellern geht es um folgende Aspekte der neuen Informations- und Kommunikationstechniken:

- Nachrichtentechnik

Eröffnung zusätzlicher Produktionsmöglichkeiten für Endgeräte für neue Dialog-Dienste in vermittelten Breitbandnetzen sowie der dazugehörenden Vermittlungstechnik.

- Kabelindustrie

Eröffnung neuer Märkte durch Glasfasertechnik inklusive der dafür benötigten Netz- und Verbindungstechnik.

- Büro- und Informationstechnik

Innovationsimpulse durch computerunterstützte Bürokommunikation; Erfassung, Speicherung, Verarbeitung, Übermittlung und Wiedergabe von Daten, Texten und Bildern. Von Bedeutung ist, daß sich über die Verknüpfung mit öffentlichen Kommunikationsnetzen zahlreiche neue Dienste realisieren lassen (zum Beispiel Telefax, Teletext, Bildschirmtext, Electronic Mail und so weiter).

- Unterhaltungselektronik-Industrie

Innovationsimpulse von der Einführung neuer Kommunikationsdienste, die den privaten Fernseher zu einem preiswerten und handlichen Heim-Terminal werden lassen: Eine der wichtigsten und interessantesten Entwicklungen. Von besonderer Bedeutung dabei Videotext und Bildschirmtext.

- Raumfahrtindustrie

Bereitstellung von Nachrichtensatelliten zur Abwicklung des Fernsprechverkehrs, der Fernsehverteilung und der Datenübertragung.

Soweit diese Anwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten überhaupt ein öffentliches Telekommunikationsnetz voraussetzen, erfordern sie eine Infrastruktur in Art eines Vermittlungsnetzes, sei es schmalbandig oder breitbandig. Ein breitbandiges Verteilnetz - wie es zur Verteilung von Fernsehprogrammen gebraucht wird - wäre für die in Frage stehenden Dienste ungeeignet.

"Es wird heute nicht mehr bestritten, daß jener Zweig der Telekommunikation, der der Sprach-, Text-, Daten- und Bildkommunikation in Wahlverbindungen dient und über öffentliche und private Vermittlungsnetze abgewickelt wird, als einer der wichtigsten Bestandteile der gesamtstaatlichen und -wirtschaftlichen Infrastruktur betrachtet werden muß."

Natürlich gab es auch Stellungnahmen, die im Zusammenhang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken für den Ausbau der Infrastruktur für Kabelfernsehen und weitere private Programme plädieren. Allerdings geht es hier deutlich um branchenspezifische Interessen (zum Beispiel beim Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke, Zentralverband des Deutschen Handwerks) beziehungsweise um bewußte medienpolitische Interessen (zum Beispiel beim Bundesverband der Deutschen Industrie oder beim Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger). Argumente, wie die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsimpulse oder die gesamtwirtschaftliche Steigerung der Leistungsfähigkeit, werden in diesem Zusammenhang nicht bemüht.

Damit hat sich die CDU/CSU-These, jetzt müßten medienpolitische Weichenstellungen in Richtung mehr und private Programmveranstalter vorgenommen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, als haltlos erwiesen.

3. Was den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken im Medien- und Kulturbereich betrifft, so gibt es eine Reihe von Hinweisen auf Risiken für unsere Medienordnung, die mit einem Ausbau der neuen Techniken für eine Ausweitung der Massenmedien verbunden wären.

- a) Gefährdung der Presse durch zusätzliche kommerzielle Programme wegen Abzugs von Werbegeldern. Die Folge wäre abnehmende Pressevielfalt, zum Teil durch Zeitungseinstellung, zum Teil durch eine neue Konzentrationswelle.
- b) Die Rundfunkanstalten erwarten erhebliche Risiken von zusätzlichen in- oder ausländischen Fernsehveranstaltern, unabhängig von der Art der Veranstalter: Auf der Einnahmenseite würden Werbemittel abgezogen werden, auf der Kostenseite würden die Preise für Lizenzkäufe von Fernsehfilmen und ähnlichem in die Höhe getrieben werden.

c) Gefährdung der Filmtheater

Die Filmtheaterbesitzer rechnen mit erheblichen Einbußen bei Einführung zusätzlicher Fernsehprogramme. Sie befürchten, bei der Jagd nach Exklusivverträgen zur Auswertung von Spielfilmen nicht mithalten zu können. Für diesen Fall rechnen sie mit der Existenzbedrohung von circa 50 Prozent der kleinen und mittleren Filmtheater und damit - ein zusätzlicher interessanter Aspekt - mit einem weiteren Schritt zur Verödung der Städte.

4. Die Beschäftigungsauswirkungen - sowohl quantitativ als auch qualitativ - sind in den Stellungnahmen stark umstritten. Erwartungsgemäß stehen sich hier die eher optimistischen Arbeitsmarktprognosen von BDI, DIHT, VDMA, TVEI, BMWI oder Professor Witte und die eher pessimistischen Arbeitsmarktprognosen der Gewerkschaften sowie aus den Reihen der Wissenschaftler von Professor Kleinstaub gegenüber. Die in der Summe unsichere Arbeitsplatzbilanz wird von zwei gegenläufigen Tendenzen bestimmt:

- a) Verlust von Arbeitsplätzen in den Anwenderbereichen, insbesondere für an- und ungelernete Kräfte, zum Beispiel in der Büro- und Datenverarbeitung, deren Tätigkeiten automatisiert werden.
- b) Zugewinn von Arbeitsplätzen in den Herstellerbranchen - elektronische Industrie, Maschinenbau und Nachrichtenwesen -, Tendenz zu höher qualifizierten Arbeitsplätzen.

Eine Zunahme der Arbeitslosen in wenig qualifizierten Berufen bei gleichzeitig unbefriedigter Arbeitskräftenachfrage nach höher qualifiziertem Personal in den Herstellerbranchen ist nicht ausgeschlossen.

Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften: Verstärkung arbeitsteiliger und hierarchischer Strukturen; Tendenz zu monotonen Tätigkeiten mit verringerten Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, Verringerung der Lernchancen am Arbeitsplatz.

III. Bereich: "Soziale Auswirkungen"

1. Wer an familienpolitischen Fragestellungen Anteil nimmt, weiß nun endgültig, daß er in den CDU/CSU-Medienpolitikern keinen Verbündeten hat. Die CDU/CSU stellt in dieser Enquête-Kommission erneut unter Beweis, daß ihr die Durchsetzung ihrer medienpolitischen Machtinteressen wichtiger ist, als den Familien mögliche weitere Belastungen durch eine Überflutung mit kommerziellen Fernsehprogrammen zu ersparen.

Als Quintessenz aus der bisherigen Medienwirkungsforschung zeigt sich: Die elektronischen Medien bringen für die Familien mehr Belastungen als Entlastungen. Darüber hinaus zeigt der internationale Vergleich: Überall dort, wo die Erziehung eines kommerziellen Gewinns Ausgangspunkt für Programmausweitungen darstellt, sind die Belange von Kindern und Familien nicht optimal berücksichtigt. Auch die Befunde der Expertenkommission "Neue Medien" in Baden-Württemberg haben dies untermauert.

Bei der CDU/CSU hat man allerdings bisweilen den Eindruck, Wissen um diese Zusammenhänge könne nur schaden. Jedenfalls war ihr Desinteresse an diesen Fragestellungen auffallend sowie der - allerdings vergebliche - Versuch, die vorgelegten Forschungsergebnisse in ihrer wissenschaftlichen Seriosität zu erschüttern.

Unsere Auffassung dazu:

Der Artikel 6 des GG stellt die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Es ist deshalb zu prüfen, bei welcher Medienordnung die Familie freier von Belastungen ist. Angesichts der vorliegenden Alarmsignale über die Auswirkungen vermehrten

Fernsehkonzums - insbesondere bei kommerziellen Programmen - liegt heute die Beweislast bei denen, die diese Gefährdungen leugnen. Hierzu haben CDU/CSU bisher nichts beigetragen.

2. Zu den allgemeinen gesellschaftlichen Auswirkungen - jenseits der familiären Belange - ist für uns als Befund der Untersuchungen wichtig:

Es gibt keinen Automatismus derart, bestimmte Techniken würden quasi automatisch bestimmte Auswirkungen - positiv oder negativ - produzieren.

Zwar tragen die neuen Techniken in sich die Tendenz zu Formalisierung und Standardisierung, zu Zentralisierung und zu einer Stärkung der Verwaltung gegenüber dem Bürger sowie zu einer Begünstigung derjenigen Gruppen, die sowieso besser in der Lage sind, sich durchzusetzen. Dennoch ist für die konkreten Auswirkungen, zum Beispiel in Arbeit und Beruf, der organisatorische, rechtliche und gesellschaftliche Rahmen entscheidend.

Wenn der Einsatz der Techniken allein von dem Unternehmensinteresse an Rationalisierung bestimmt wird, besteht allerdings die Gefahr, daß Arbeitnehmerinteressen zu kurz kommen. Politiker, Gesetzgeber und Tarifpartner sind aufgerufen, Technik zu "gestalten". Konkret nannte zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck, Detlef Hensche, in diesem Zusammenhang: Arbeitszeitverkürzung, mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer bei Entscheidungen in Zusammenhang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken - Einführung, Arbeitsablauf, Arbeitsorganisation -, Besetzungsregelungen von Arbeitsplätzen, Abkopierungsschutz und das gesetzliche Verbot von Personalinformationssystemen.

IV. Erste Schlußfolgerungen

- a) Beibehaltung unserer medienpolitischen Grundsatzentscheidung: Bewahrung der publizistischen Arbeitsteilung zwischen öffentlich-rechtlichem pluralistischem Rundfunk und privater Presse; keine Kommerzialisierung der elektronischen Massenmedien. Im Hinblick auf die genannten möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen: Skepsis gegenüber einer Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zur Ausweitung der Fernsehprogramme.
- b) Die Einführung und breite Durchsetzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im privaten Bereich ergibt sich als Summe einzelwirtschaftlicher Entscheidungen. Die Vorstellung, man habe hier eine "Option", man könne sich für oder gegen die neuen Techniken entscheiden, scheint eine Fiktion.



Was den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich der gewerblichen Wirtschaft beziehungsweise im privaten Bereich betrifft, so geht es nicht um das "Ob"; politische Aufgabe heute muß es vielmehr sein, die Rahmenbedingungen rechtlicher oder organisatorischer Art zu bestimmen, innerhalb deren neue Techniken angewandt werden.

Für die Enquête-Kommission heißt das: Heute die jeweiligen Konsequenzen alternativer Rahmenbedingungen zu erkennen, das heißt: öffentlich zu machen, und - als Konsequenz daraus - geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die den erkannten gesellschaftlichen Risiken gegensteuern und insbesondere die Verschlechterung der Arbeitnehmerposition verhindern.

Der Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken muß begleitet sein von solchen Maßnahmen:

- Die Beteiligungs- beziehungsweise Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer an Informationen und innerhalb der Personalvertretung sowie bei der Einführung neuer Techniken müssen verbessert werden.
- Der Einsatz der technischen Kommunikationsmittel im Bereich von Handel und Verwaltung könnte mit geeigneten Kompensationen für die betroffenen Arbeitnehmer einhergehen (zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung, tarifliche Absicherung).
- Der Aufbau von Personalinformationssystemen muß durch gesetzliche Maßnahmen flankiert werden, die mißbräuchliche Auswertungen solcher Informationssysteme verhindern und gleichzeitig den Zugang der Personalvertretungen absichern.
- Zur Abwehr der "Elektronisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen" könnte der Gedanke von Kubicek einer "kulturpolitischen Offensive" aufgegriffen werden.

(Weitere flankierende Maßnahmen sind denkbar).

- c) Behutsamer Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich der öffentlichen Verwaltung bei Offenlegung und Prüfung der zum Beispiel von Lenk, Kubicek, Reese oder den Gewerkschaften beschriebenen möglichen Gefahren. Aufzeigen der alternativen Rahmenbedingungen für unterschiedliche Auswirkungen. In diesem Bereich unterliegt der Einsatz der neuen Techniken durchaus politischen Entscheidungen; zum Beispiel bei dem Dilemma in den Verwaltungen: Rationalisierung/Wirtschaftlichkeit contra Bürgernähe. Hier könnte die Chance für sozial verantwortbaren Einsatz genutzt werden.

(-/14.4.1982/vo-he/ca)

+ + +

